



# Klimaschutz und Klimaanpassung in Baden-Württemberg – dringender denn je

**Anlage zu TOP 1, Fraktionsklausur vom 11.-13. September in Berlin**

Stand: 12.09.2018/ Fraktion Grüne im Landtag

## 1 **Wir spüren den Klimawandel schmerzhaft – schon heute!**

2 Der Sommer 2018 hat für weite Teile Baden-Württembergs Extremwittersituationen mit lang-  
3 anhaltender Hitze und Dürre gebracht. Fischsterben in zu warmen, sauerstoffarmen Gewässern,  
4 Missernte, Futtermangel für Nutztiere, massive Unfallgefahr auf Autobahnen durch „Blow-Up“-  
5 Effekt, Gesundheitsprobleme für hitzeempfindliche Menschen, aber auch die Drosselung der  
6 wassergekühlten Großkraftwerke waren die Folge. Leider ist dieser Sommer kein einmaliges  
7 „Extremereignis“ mit Ausnahmecharakter, sondern ein Symptom stetig steigender Temperaturen  
8 weltweit.

9 Gleichzeitig wird Deutschland die Klimaschutzziele für 2020 verfehlen. Das Nichterreichen der  
10 Klimaschutzziele wird für Deutschland und seine Bundesländer auch rechtliche und finanzielle  
11 Folgen haben: Es ist absehbar, dass Deutschland vor Mehrkosten in Milliardenhöhe im Rahmen  
12 der Lastenteilungsverordnung (Effort-Sharing-Regulation, kurz: ESR) der EU steht, weil es seine  
13 international zugesagten CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktionen nicht erreicht. Auch Baden-Württemberg  
14 kann seine ambitionierten Ziele für 2020 nicht mehr erreichen, da die Rahmenbedingungen auf  
15 der Bundesebene falsch gesetzt sind.

16 Noch spüren wir nur die ersten Auswirkungen des Klimawandels, noch lässt sich sein Fortschrei-  
17 ten aufhalten oder zumindest ausbremsen. Wenn erst die in den letzten Wochen diskutierten  
18 „Kippunkte“ überschritten sind, kann sich die Erderwärmung durch Rückkoppelungseffekte  
19 selbst weiter verstärken und irreversibel verändern.<sup>1</sup> Dann wird Klimaschutz zusammen mit  
20 dann notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen wesentlich schmerzhafter und teurer. Grund  
21 genug, jetzt entschlossen zu handeln! Jeder heute in Klimaschutz investierte Euro bringt mor-  
22 gen doppelten Gewinn: Besseres Klima und weniger Kosten für die Bekämpfung der Klimafol-  
23 gen.

## 24 **Wir haben in Baden-Württemberg viele Maßnahmen auf den Weg gebracht**

25 Bereits im Jahr 2013 hat die grün-geführte Landesregierung das Klimaschutzgesetz mit klaren  
26 Vorgaben für die Reduzierung von Treibhausgasen auf den Weg gebracht. Um die ambitionier-  
27 ten Vorgaben zu erreichen, wurde das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) ent-  
28 wickelt. Über 90 % der 108 Maßnahmen des IEKK sind bereits umgesetzt bzw. befinden sich  
29 derzeit in der Umsetzung:

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung Potsdamer Institut für Klimafolgen vom 06.08.2018: Auf dem Weg in die "Heißzeit"? Planet könnte kritische Schwelle überschreiten (<https://www.pik-potsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/auf-dem-weg-in-die-heisszeit-planet-koennte-kritische-schwelle-ueberschreiten>)

30 Seit 2014 erlebt die Windkraft in Baden-Württemberg einen Aufschwung. Mittlerweile drehen  
31 sich über 711 Windkraftanlagen im Ländle. 2018 wurden so über 2 GWh Strom aus heimischer  
32 Windkraft erzeugt. Von 2010 bis 2017 ist der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Brut-  
33 tostromerzeugung im Land von 17,2 % auf 27,5 % gestiegen.

34 Mit der Solaroffensive erhöhen wir konsequent den Anteil von Photovoltaik. Das neue Förder-  
35 programm für netzdienliche PV-Speicher des Umweltministeriums kommt so gut bei den Bürge-  
36 rinnen und Bürgern in Baden-Württemberg an, dass sein Volumen von 1 Mio. € auf 4,3 Mio. €  
37 aufgestockt wurde. Der Leitfaden zur Freiflächen – Photovoltaik mit Verfahrens- und Planungs-  
38 hinweisen für Planungs- und Projektträgerinnen und –träger wurde veröffentlicht.

39 Für die Landesliegenschaften sollen die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 60 %  
40 gesenkt werden. Zur Unterstützung dieses Ziels werden wir die energetischen Sanierungen in-  
41 tensivieren. Bis Jahresende wird ein Konzept zur Errichtung weiterer Dach-PV-Anlagen auf Lan-  
42 desliegenschaften erstellt.

43 Mit der Parkraumbewirtschaftung auf Landesliegenschaften, einem verbesserten Nahverkehrs-  
44 angebot und der Einführung des Baden-Württemberg-Tarifs ab Dezember 2018 leisten wir einen  
45 Beitrag zur verstärkten Nutzung des ÖPNV. Mit der Landesinitiative Elektromobilität III haben  
46 wir allein 2018 1000 E-Fahrzeuge auf vier und auf zwei Rädern gefördert.

47 Durch die angestrebte Neuregelung der Landesbauordnung wird der Holzbau weiter erleichtert,  
48 hochgeschossige Holzbauten können realisiert und nachwachsende Rohstoffe einfacher als bis-  
49 her im seriellen und modularen Bauen eingesetzt werden.

50 Da die Kommunen haben eine tragende Rolle bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Klima-  
51 anpassungsmaßnahmen Deshalb unterstützt die grün-geführte Landesregierung sie mit maßge-  
52 schneiderten Förderprogrammen wie Klimaschutz Plus oder Klimaschutz mit System und im  
53 Rahmen des Paktes für kommunalen Klimaschutz.

54 Wissenschaft und Forschung sind unerlässlich, um die für die Bewältigung des Klimawandels  
55 notwendigen Innovationen hervorzubringen. Das reicht von der Grundlagenforschung zum Kli-  
56 masystem bis hin zu angewandten Fragestellungen in der Energie-, Städteplanungs- oder Mobi-  
57 litätsforschung. Hier haben wir Schwerpunkte gesetzt, die fortgeführt und ausgebaut werden  
58 müssen.

### 59 **Wir müssen noch konsequenter handeln**

60 Auch Baden-Württemberg wird die selbst gesteckten Klimaziele bis 2020 nicht erreichen. Das  
61 liegt vor allem daran, dass die Fehlentscheidungen auf Bundesebene den Klimaschutz insge-  
62 samt ausbremsen. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag wird die grün-schwarze  
63 Landesregierung das Klimaschutzgesetz und das IEKK fortschreiben und für 2030 verbindlich  
64 ambitionierte Ziele setzen.

65 **Unsere Forderungen für die Fortschreibung des Klimaschutzgesetzes im Land:**

- 66 1. Wir setzen uns für ambitionierte Klimaschutzziele bis 2030 in Baden-Württemberg auf  
67 Grundlage des Paris-Abkommens und der europäischen und nationalen Klimaschutzinstru-  
68 mente. Dabei unterstützen wir den Vorschlag des Umweltministeriums, bis 2030 die Treib-  
69 hausgasemissionen um 42 % zu reduzieren.
- 70 2. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Klimaschutz muss konsequent fortgeführt  
71 und weiterentwickelt werden.
- 72 3. Wir wollen das Monitoring zum Klimaschutzgesetz fortführen und mit einem Mechanismus  
73 bei Verfehlung der Klimaschutzziele ergänzen. So soll künftig bei einer drohenden Verfeh-  
74 lung der Klimaschutzziele dargestellt werden, welche Ursachen der Zielverfehlung zugrun-  
75 de liegen und über welche Maßnahmen der Zielpfad wieder erreicht werden kann.
- 76 4. Die Maßnahmen des IEKK sollen konsequent umgesetzt bzw. fortgeführt und durch neue,  
77 besonders effiziente Maßnahmen ergänzt werden. Dabei fordern wir die Landesregierung  
78 auf, den Klimaschutz in allen Ressortbereichen engagiert voranzutreiben und vor allem in  
79 den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz, den flächendeckendem Ausbau der er-  
80 neuerbaren Energien und Nutzung von CO<sub>2</sub>-Senken die Anstrengungen zu verstärken. Die  
81 Grüne Fraktion wird sich aktiv in den Prozess der Weiterentwicklung des IEKK einbringen.

82

83 **Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich die Weichen für Klimaschutz zu stellen**

84 Unsere wichtigsten Forderungen an den Bund sind:

- 85 1. Die Bundesregierung muss die von der EU-Kommission angestrebte **Erhöhung der Klimaziele**  
86 **le** in Form der Senkung der Treibhausgasemissionen um 45 % statt nur 40 % bis 2030 im  
87 Vergleich zu 1990 unterstützen.
- 88 2. Die längst überfälligen, schon mehrfach versprochenen **Sonderausschreibungen für Erneuerbare Energie**  
89  **müssen endlich realisiert werden. Eine Erhöhung des Gesamtkontingents** bei  
90 den Ausschreibungen für die Erneuerbaren Energien muss verankert werden. Außerdem ist  
91 eine **Regionalquote für Windkraft** dringend notwendig.
- 92 3. Über einen **CO<sub>2</sub>-Mindespreis** muss technologieoffen ein finanzieller Anreiz zum Umstieg auf  
93 CO<sub>2</sub>-arme Verfahren in allen Sektoren eingeführt werden.
- 94 4. Durch ein **Ausstiegsgesetz aus der Kohleenergie** muss der verbindliche Kohleausstieg bis  
95 2030 geregelt werden. Dies führt über das Abschalten der ältesten und ineffizientesten  
96 Braunkohlekraftwerke in kürzester Frist zu einer spürbaren Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und  
97 schafft auch langfristige Planungssicherheit für alle Unternehmen.
- 98 5. Mit **verbindlichen Sanierungsfahrplänen** und **steuerlichen Anreizen für Gebäudesanierungen**  
99 **gen** muss die Wärmewende vorangebracht werden.
- 100 6. Ein **Erneuerbare-Wärme-Gesetz** nach baden-württembergischem Vorbild muss auch auf  
101 Bundesebene eingeführt werden, um die Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebestand  
102 endlich voranzubringen.

- 103 7. **Klimaschädliche Subventionen müssen abgeschafft werden.** Dies gilt v. a. für Steuervorteile  
104 beim Kerosin im Flugverkehr (7 Mrd. €), die Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale  
105 Flüge (4,4 Mrd. €/Jahr) und Steuervorteile für großräumige Dienstwagen (3,1 Mrd. €/Jahr).  
106 Im Gegenzug sollen die Mehrwertsteuer für den klimafreundlichen Bahnverkehr reduziert  
107 und Anreize für einen Umstieg auf Elektro- und Wasserstoffmobilität ausgebaut werden.
- 108 8. Die Bundesregierung muss sich in den anstehenden Verhandlungen bei der EU für ambi-  
109 tionierte **CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte** einsetzen und den Vorschlag des EU-Umwelt-  
110 ausschusses (weitere Reduktion um 20 % bis 2025 / 45% bis 2030) unterstützen.
- 111 9. Die Landwirtinnen und Landwirte sind für uns wichtige Verbündete beim Klimaschutz. Für  
112 eine klimafreundliche Landwirtschaft sind Rahmenbedingungen notwendig, wie sie gerade  
113 im Zuge der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verhandelt werden. Wir  
114 fordern die Bundesregierung auf sich hier für eine **Stärkung der zweiten Säule** einzusetzen,  
115 in der die Maßnahmen zum Klimaschutz enthalten sind. Erfolgreiche baden-württem-  
116 bergische Programme wie das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tier-  
117 schutz (FAKT) dürfen unter keinen Umständen Gegenstand von Mittelkürzungen werden.

118

119 Wir können nicht nur auf das Handeln der nationalen Regierungen warten. Deswegen ist es  
120 richtig, dass Baden-Württemberg zusammen mit Kalifornien die Under2-Coalition initiiert hat.  
121 Damit wirkt das Engagement der grügeführten Landesregierung weit über Baden-Württemberg  
122 hinaus. In der Under2Coalition haben sich mittlerweile 206 sub-nationale Verwaltungen aus 43  
123 Staaten, die zusammen 1,3 Mrd. Menschen und etwa 40 % der globalen Wirtschaftsleistung re-  
124 präsentieren, verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen unter 2 t pro Einwohnerin zu senken und damit  
125 den Klimawandel zu begrenzen.

126 Gleichzeitig ist es notwendig, die Konzepte zur Anpassung an den Klimawandel weiter zu kon-  
127 kretisieren. Baden-Württemberg muss fit gemacht werden für eine Zukunft, in der es mehr Über-  
128 schwemmungen und längere Dürren gibt, in der sich die Innenstädte noch stärker aufheizen und  
129 in der die Gefahr von Waldbränden weiter steigt. Dies sind Herausforderungen, für die das Land  
130 mit seiner Innovationsinfrastruktur und seinen agilen Unternehmen bestens vorbereitet ist. Die  
131 Grüne Landtagsfraktion wird zu Klimaschutz und Klimaanpassung in der Landnutzung und Le-  
132 bensmittelproduktion im nächsten Halbjahr eine gesonderte Beschlussvorlage erstellen.

133 Wir werden Baden-Württemberg zukunftsfähig aufstellen und so die schlimmsten Auswirkungen  
134 der Klimakrise abzuwenden versuchen. Unser Ziel ist, auch den zukünftigen Generationen bei  
135 uns und in anderen, vom Klimawandel besonders stark betroffenen Ländern der Welt, eine le-  
136 benswerte Umwelt zu erhalten. Dieser Herausforderung werden wir uns mit höchster Priorität  
137 stellen.

138

139 Fraktion Grüne im Landtag

140 12.09.2018